

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gilde der Bankberater genießt seit der Finanzkrise 2008 nicht mehr überall den besten Ruf. Oft trifft sie der Vorwurf, dass sie zu Produkten raten würden, die ihnen am meisten Geld einbringen, und nicht zu denen, die im Sinne des Verbrauchers wären. Auch bei Versicherungen denken viele an komplizierte Vertragsvereinbarungen und aufdringliche Versicherungsvertreter, die kaum mehr Vertrauen erwecken als der Schmuck-Verkäufer vom Strand aus dem letzten Sommerurlaub. Vor allem Verbraucherschützer beklagen, dass ein Kunde bei gleicher finanzieller und versicherungstechnischer Ausgangssituation bei zehn verschiedenen Instituten zehn unterschiedliche Empfehlungen erhält. Doch damit könnte bald Schluss sein. Eine DIN-Norm für die Finanzberatung soll für mehr Klarheit sorgen.

■ Bankberatung: DIN-Standard soll Finanzberatung transparenter machen

Freilich, das Gros der Berater schließt Geschäfte nach bestem Wissen und Gewissen ab, aber es gibt sie eben doch, die schwarzen Schafe, die **schlecht oder zu stark provisionsorientiert beraten**. Das führt dann aus Kundensicht zum **Abschluss unpassender Policen oder Anlageprodukte**. Durch eine DIN-Norm soll die **Finanzberatung standardisiert** werden. Ob das helfen wird?

Am **Institut für Normung (DIN)** hat eine Gruppe von Vertretern aus Versicherungen, Banken, Finanzdienstleistern, Verbraucherschützern und dem Justizministerium **Standards für eine DIN-Norm für die Finanzanalyse** erarbeitet. Diese soll für mehr Sicherheit und Transparenz bei den Verbrauchern sorgen. Die DIN Spezifikation (DIN SPEC 77222) ist die Vorstufe zu einer DIN Norm. Sie ist bereits fertig ausgearbeitet und gibt **Beratungsstandards für die teilnehmenden Bank- und Finanzberater vor**. Verbraucher werden dabei nach Merkmalen wie Einkommen, Vermögen oder bereits vorhandenen Produkten befragt. Ziel ist es, den **Grundbedarf einheitlich zu identifizieren**. Darüber hinaus sollen auch sinnvolle **Soll- bzw. Zielwerte für die Lösung** geregelt werden. Ab Januar 2017 wird die **Gesellschaft für Qualitätsprüfung (GfQ)** beim „City Contest“ in über 400 deutschen Städten die **Bankberatung vor Ort** per „Mystery Shopping“ untersuchen. „Unser Ziel ist es, dass zehn gleichartige Kunden auch in zehn Fällen zumindest auf die gleichen Bedarfe und in der Königsklasse sogar auf die **gleichen Empfehlungen bezüglich des Lösungsangebots** hingewiesen werden“, erklärt GfQ-Geschäftsführer **Markus Gauder**.

Viele Geldhäuser hätten **eigene Standards**, „doch drei oder vier Standards, die sich im Detail doch immer unterscheiden, stellen noch **keine echte Lösung** des Dilemmas dar“. Aktuell beraten **rund 40 Einzelinstitute** Privatkunden nach dem standardisierten Qualitätsstandard. Zur Einhaltung der Norm können die Finanzunternehmen natürlich **nicht verpflichtet werden**, sie stelle aber Vertrauen wieder her, das mehr und mehr Bankkunden verloren hätten, so Gauder. Wer nun glaubt, dass **Berater dabei nicht mehr vonnöten sein werden, irrt**, erklärt uns Gauder. Ihn werde es „mehr denn je“ brauchen. Die standardisierte Analyse soll beim Verbraucher zunächst Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Vergleichbarkeit schaffen. Am Ende der Analyse liegt es dann **am Berater, die passende Lösung und das Produkt für den Verbraucher zu finden**. Spätestens hier können sich Berater wieder an die eigene Beratungspraxis halten. Damit wäre das Dilemma der provisionsfinanzierten Beratung wieder hergestellt.

■ Auf die Schnelle: FMSA sammelt 1,76 Mrd. Euro Bankenabgabe ein

+++ Bankenabgabe: 1,76 Mrd. Euro müssen die deutschen Banken in diesem Jahr als Bankenabgabe an den **europäischen Bankenabwicklungsfonds (Single Resolution Fonds, SRF)** überweisen, rund 180 Mill. Euro mehr als 2015. Erstmals wurde die Abgabe nach den neuen **Vorgaben des Single Resolution Board (SRB)** berechnet. In der Regel liegt eine Risikobewertung zugrunde, bei 935 kleineren Instituten in Deutschland, v.a. Genossenschaftsbanken, wird ein Pauschalbetrag fällig (Nr. 202 v. 22.10.2014). Wie die **Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA)** berichtet, wurden die Groß- und Regionalbanken mit 1 Mrd. Euro zur Kasse gebeten, die Landesbanken mit 291 Mill., Spezial- und Hypothekenbanken mit 213 Mill. Euro. **Sparkassen und Genobanken** kamen mit 139 Mill. bzw. 73 Mill. Euro vergleichsweise glimpflich davon, die Geno-Spitzeninstitute trugen 38 Mill. Euro bei. Die 2008 ursprünglich zur Bankenrettung gegründete FMSA sammelt das Geld für den SRF ein, zunächst fließt es in eine nationale Kammer. Bis 2024 sollen insgesamt 55 Mrd. Euro zusammen kommen und miteinander verrührt werden.

+++ Crowdfunding: Am Wochenende wird das **Kleinanlegerschutzgesetz (KASG)** ein Jahr alt. Die Bundesregierung wollte damit den **Grauen Kapitalmarkt**, wo immer wieder unbedarfte Anleger schwarzen Schafen auf den Leim gehen, etwas weißer machen (Nr. 78 v. 24.4.2015) – was auch gelungen sei, räumt **Jamal El Mallouki** ein, Vorstandschef des **Bundesverbandes Crowdfunding**. Doch für seine Branche sei es **zu restriktiv**, u.a. durch die Beschränkung auf Fremdkapital und die Obergrenze von 10 000 Euro.

■ Czerwensky-Wochenausblick: Bekommen die Deutsche Börse-Aktionäre kalte Füße?

Montag (11.7.): Kaum zu bewältigen ist die Menge an Themen, denen sich am Montag in Brüssel zunächst die 19 Euro- und am Dienstag dann alle 28 **EU-Finanzminister**, erstmals unter Federführung der **slowakischen Ratspräsidentschaft**, zu widmen haben. Neben den regulatorischen Dauerbrennern stellt sich etwa die Frage nach dem Umgang mit den **Defizitsündern Spanien und Portugal**. Die EU-Kommission hat gestern zwar den **Weg frei gemacht für Sanktionen**, die der Ministerrat beschließen müsste. Doch mit besonderer Härte ist nicht zu rechnen, eher mit wachweicher Nachsicht, schließlich haben auch Länder wie Frankreich oder Italien **kein besonderes Interesse an einer strengen Auslegung des Stabilitätspaktes**. Ob solche Regeln das Papier wert sind, auf dem sie gedruckt sind, wird auch eine andere Debatte zeigen, nämlich die nach dem **Umgang mit Italiens Wackelbanken**. Die Tinte unter den europäischen Regeln zur Bankenabwicklung ist noch nicht trocken, da fordert Italiens Regierungschef **Matteo Renzi** schon keck Ausnahmen von der **Bail-In-Klausel** und will lieber wieder Steuergelder in die Institute pumpen anstatt Kleinanleger zu brüskieren. Und über all dem schwebt das **Brexit-Referendum**.

Dienstag (12.7.): Um Mitternacht läuft die **Frist für das Umtausch-Angebot** an die Aktionäre der **Deutschen Börse** aus. Haben dann mindestens 75% ihre Aktien zum Umtausch angedient, was noch immer als wahrscheinlich gilt, ist die Fusion mit der **London Stock Exchange** zumindest von Aktionärsseite beschlossene Sache, da auch die LSE-Aktionäre bereits am 4. Juli nahezu einstimmig ihren Segen gegeben haben. Dann könnten nur noch die **Aufsichtsbehörden**, namentlich die Börsenaufsicht beim hessischen Wirtschaftsministerium, das Vorhaben stoppen. Fast zwei Wochen lang ließen die Vorstände nach dem Brexit-Votum die **Kritik von Politikern und Aufsehern v.a. an der Standortentscheidung** für London an sich abperlen. Am vergangenen Dienstag – wohlgermerkt einen Tag nach der LSE-Hv – signalisierten sie schließlich Entgegenkommen: Man werde dafür Sorge tragen, dass die Fusion „sämtliche regulatorischen Anforderungen“ erfülle – freilich eine Selbstverständlichkeit. Mit einem **alleinigen Holdingsitz außerhalb der EU** lässt sich das wohl nicht vereinbaren. Der eigens eingerichtete **Referendumsausschuss** will sich „viele Monate“ **Zeit lassen**, um die notwendigen Schlussfolgerungen aus dem Brexit zu ziehen. Der enge Fusionsfahrplan ist kaum mehr zu halten. Sollte es wiederum zu viele Änderungen am Ursprungsplan geben, dürfte sich so mancher Aktionär übergangen fühlen und die Gerichte bemühen...

Nachdem auch die dritte Verhandlungsrunde zwischen **Gewerkschaften und Arbeitgebern der privaten und öffentlichen Banken** ergebnislos blieb, wird nun **Runde vier** eingeläutet. Vor den Verhandlungen hat **ver.di den Druck erhöht** und rief diese Woche in mehreren Bundesländern zu Warnstreiks auf. Doch ob sich die Gegenseite davon beeindruckt lässt? Noch immer sind die Fronten ziemlich verhärtet, eine **Einigung erscheint in weiter Ferne**. Die Arbeitgeber legten ein erstes Angebot von 2,8% mehr Gehalt in drei Stufen bei einer Laufzeit von drei Jahren vor. Damit habe man „in Zeiten großer politischer und wirtschaftlicher Unsicherheiten ein positives Signal gesetzt“, sagt **Heinz Laber**, Verhandlungsführer der Banken-Arbeitgeber. ver.di nannte das Angebot freilich eine „Mogelpackung“ und „respektlos“ und pocht weiter auf **4,9% mehr Gehalt für ein Jahr sowie eine Übernahmegarantie für Auszubildende**. Ob nun eine Einigung gelingt? Oder wird es noch weitere Verhandlungstermine brauchen?

Mittwoch (13.7.): Auf dem **EU-China-Gipfel** gibt es in diesem Jahr in Peking für **Donald Tusk, Jean-Claude Juncker** und Entourage einen handfesten wirtschaftspolitischen Konflikt mit Regierungschef **Li Keqiang** zu erörtern. Die Chinesen pochen nämlich auf die **Anerkennung als Marktwirtschaft**, die der Volksrepublik bei ihrem WTO-Beitritt bis spätestens Ende 2016 versprochen worden war. Doch mit wirklich fairem, marktwirtschaftlichem Verhalten sind die geschäftlichen Gepflogenheiten im Reich der Mitte nicht immer und überall vereinbar. Das merkt nicht nur die **europäische Stahlindustrie**, die unter Chinas Dumping ächzt. Auch die Diskussion um die **Kuka-Übernahme** war ja v.a. davon geleitet, dass eine ähnliche Übernahme eines chinesischen Unternehmens durch Europäer so nicht möglich wäre.

Donnerstag (14.7.): Nicht nur die britischen und europäischen, auch die **amerikanischen Großbanken** haben nach dem Brexit-Votum an der Börse ordentlich Federn lassen müssen. Doch das ist nicht der einzige Grund: Im zweiten Quartal wird mit leichten **Ertrags- und Gewinnrückgängen** etwa bei **J.P. Morgan Chase (14.7.)** oder **Citigroup (15.7.)** gerechnet. Einzig die ungleich stärker auf den Heimatmarkt ausgerichtete **Wells Fargo (15.7.)** dürfte in beiderlei Hinsicht wieder mal die große Ausnahme sein.

„Der Dumme lernt aus seinen Fehlern,
der Kluge aus den Fehlern der anderen.“

Aus China

Gutes Gelingen wünscht Ihnen

Ihr 

RA Hans J.M. Manteuffel